

Verantwortliche Redakteure.

Für den politischen Theil: C. Fontane, für Feuilleton und Vermischtes: F. Steinbach, für den übrigen redakt. Theil: S. Schmiedeknecht, sämtlich in Posen.

Verantwortlich für den Inseratenthell: F. Klugkist in Posen.

Posener Zeitung Siebenundneunzigster Jahrgang.

Inserate werden angenommen in Posen bei der Expedition Zeitung, Wilhelmstraße 17, ferner bei G. H. Schick, Hofst., Gr. Gerber- u. Breiterstr.-Ecke, Otto Kiehl, in Firma J. Kemmann, Wilhelmstraße 8, in Gnesen bei S. Ertaplewski, in Meieritz bei P. Matkias, in Dreßden bei J. Jabsch u. b. d. Inserat-Annahmestellen von G. L. Paube & Co., Hansen & Vogler, Rudolf Wisse, und „Zentraldruck.“

Nr. 726

Die „Posener Zeitung“ erscheint wochentlich drei Mal, an den auf die Sonn- und Festtage folgenden Tagen jedoch nur zwei Mal, an Sonn- und Festtagen ein Mal. Das Abonnement beträgt vierteljährlich 4.50 M., für die Stadt Posen, 5.50 M. für ganz Preußen. Bestellungen nehmen alle Ausgabestellen der Zeitung sowie alle Postämter des deutschen Reichs an.

Freitag, 17. Oktober.

Inserate, die sechsgehaltene Zeitspaltel oder deren Raum in der Morgenausgabe 20 Pf., auf der letzten Seite 20 Pf., in der Abendausgabe 30 Pf., an bevorzugter Stelle entsprechend höher, werden in der Expedition für die Abendausgabe bis 11 Uhr Vormittags, für die Morgenausgabe bis 5 Uhr Nachm. angenommen.

1890

Politische Uebersicht.

Posen, 17. Oktober.

Auf konservativer Seite wird der Anschein zu erwecken gesucht, als ob man dort in uneigennützigster Weise zur Unterstützung der geplanten Reform der direkten Steuern bereit wäre, während dieser von liberaler Seite allerlei Schwierigkeiten gemacht würden. Wir haben aber bereits mitgeteilt, daß man gerade in Berliner kaufmännischen und gewerblichen Kreisen, die bekanntlich nichts weniger als konservativ gesinnt sind, für die Steuerreform und ganz besonders für die Einführung der Selbsteinschätzung, behufs schärferer Heranziehung der höheren Einkommen, mit großer Entschiedenheit eintritt. In der betreffenden Besprechung verhehlte man sich freilich nicht, daß diese Art der Besteuerung den Agrariern nicht in den Kram passen würde. Richtig wird denn auch jetzt gemeldet, daß von Seiten der Agrarier eine lebhafteste Agitation gegen die Selbsteinschätzung vorbereitet wird, welche ihren Ausdruck in Bittschriften finden soll. Die Pläne des Finanzministers Miquel dürften, so schreibt das „Berl. Tagebl.“, nach dieser Richtung hin, auf heftigen Widerstand gerade bei derjenigen Partei stoßen, die sich bisher als Hauptstütze der Regierung aufgespielt hat. Ginge es nach dieser Partei, so würden wir eine gründlich verpfuschte Steuerreform erhalten, die weit schlimmer wäre als — gar keine.

Gegen den deutschen Lehrerverein wird von der Zentrumsparthei seit längerer Zeit ein erbitterter Kampf geführt, dessen Bedeutung nicht zu unterschätzen ist. Die Bewegung tritt öffentlich wenig hervor; um so mehr wird im Geheimen der ganze Einfluß der Geistlichkeit und des ultramontanen Adels auf die katholischen Lehrer aufgebaut, um diese zum Austritt aus dem deutschen Lehrerverein und zum Anschluß an den „Verband katholischer Lehrer“ zu zwingen. Wie eifrig die Zentrumsführer diese Agitation betreiben, geht aus folgender Mittheilung hervor, welche die „Schles. Schulztg.“ aus zuverlässigster Quelle erhält:

„Im Interesse und Auftrag des Verbandes katholischer Lehrer haben die Zentrumsabgeordneten v. Schorlemer und v. Huene eine Audienz beim Unterrichtsminister v. Goshler gehabt, um den letzteren zu einer wohlwollenderen Haltung gegenüber dem „Verbande katholischer Lehrer“ bzw. zur Zurücknahme einer diesbezüglichen Verfügung zu bewegen. Der Herr Minister habe zunächst erwidert, daß er keine Aenderung eintreten lassen könne, weil der Verein kirchenpolitische Interessen verfolge und mit dem Centrum in Verbindung stehe. Darauf haben die genannten Abgeordneten entgegnet, daß der „Verband katholischer Lehrer“ in erster Reihe den Zweck verfolge, Thron und Altar zu stützen und zu schützen, Vaterlandsliebe, Patriotismus, sowie einen kirchlich-gläubigen Sinn unter der Lehrerschaft zu wecken und zu pflegen u. s. w. Dabei haben die Herren nicht unterlassen, im Sinne eines Sclabozel und Szczeponik auf die verderblichen Folgen der „modernen Pädagogik“, auf den immer weiter um sich greifenden „Unglauben in den modernen pädagogischen Formationen“, auf die rationalistische Vereinspresse hinzuweisen und zu betonen, daß es im Interesse der Regierung liegen müsse, wenn die kirchlich-gläubigen Lehrer sich vom deutschen Lehrerverein ablösen, um die wahren Fundamente des Volks- und Staatswohles zu fördern. Diese Darlegungen sollen auf den Minister einen tiefen Eindruck gemacht haben. Er habe den Herren gerathen, den bisherigen Verband wenigstens der Form nach aufzulösen und einen neuen Verein in dem geschilderten Sinne zu begründen. Der Minister würde alsdann dem neuen Verein, sobald und so lange er die dargelegten Ziele und keine anderen wirklich verfolgt, seine volle Unterstützung angedeihen lassen.“

Das von der Kolonialabtheilung des Auswärtigen Amtes herausgegebene „Deutsche Kolonialblatt“ bringt in seiner neuesten Nummer vom 15. Oktober einen Aufsatz über das Sklavenwesen in Afrika, dessen Inhalt von einem Afrikareisenden aus dem Westen Afrikas herrührt, mit dem ausgesprochenen Zweck, diejenige Auffassung zu berichtigen, welche Sklavenjagd und Sklavenhaltung unter denselben Gesichtspunkten betrachtet. Ohne auf die tatsächlichen Anführungen des Verfassers im Einzelnen einzugehen, heben wir aus seinen Mittheilungen nur hervor, daß der aus dem Innern an die Küste gebrachte Sklave in der Regel das Opfer eines zwischen zwei Dorfschaften im Innern geführten Krieges ist. Aus den Händen des Siegers gelangt der Sklave nach und nach durch eine Kette von Zwischenhändlern in die Nähe der Küste, wo er von irgend einem Händler gegen Waaren eingetauscht wird. Von nun an beginnt nach dem Aufsatze für ihn ein sehr behaglicher Zustand. Es wird ihm eine Baustelle nebst Grund und Boden angewiesen, um sich dort eine Hütte und einen Gemüsegarten anzulegen. Auch darf er irgend eine Stelle des Urwaldes urbar machen und dort eine Pflanzung einrichten. Alles was er auf diese Weise erwirbt, wird sein Eigenthum. Der Aufsatz führt sodann aus, wie es nicht wenige im Lande geborene Sklaven giebt, die sich eines größeren Wohlstandes erfreuen als ihre eigenen Herren, wie

das Familienleben der Sklaven sich von dem der Freien kaum unterscheidet, wie der Herr jeden männlichen zur Familie gehörigen Sklaven, wenn die Zeit gekommen, mit einer Frau versehen muß, und wie es eine Strafgewalt dem Sklaven gegenüber eigentlich nur für ein Verbrechen, nämlich für Mord und Todtschlag gebe. Augenscheinlich will das amtliche Blatt auf diese Weise die Gegner der Sklaverei als solcher entwaffnen, ein Bemühen, das mit den bekannten Anschauungen, die für Deutsch-Ostafrika Geltung haben, im Einklange steht. Wie indeß den Sklavenjagden, gegen welche auch dieser Aufsatz nachdrücklich Front macht, je ein Ende gemacht werden soll, ohne daß die Nachfrage nach Sklaven aufhört, ist nicht abzusehen. Mit der Vertheidigung der Sklaverei als solcher, wird auch dem Sklavenhandel und den Sklavenjagden Vorschub geleistet, was unter amtlicher Flagge immerhin zu Mißverständnissen führen kann.

Der katholische Sozialkongreß von Lüttich hat jetzt sein Gegenstück gefunden in dem Kongreß der katholischen Juristen Frankreichs, der in Angers tagte und unter dem Vorsitz des Bischofs Freppel sich vorwiegend mit dem Staatssozialismus beschäftigte. Der Herr Bischof selbst hielt eine große Rede gegen die moderne Pest des Staatssozialismus, und polemisirte darin direkt gegen den bekannten sozialreformatorischen Brief des Kardinals Manning. In den angenommenen Resolutionen wurde dem Staat alles Recht abgesprochen, sich in die Arbeitsbedingungen einzumischen; weder das Verbot der Nachtarbeit, noch die obligatorische Versicherung fand Gnade vor den Augen dieser Leute. Dagegen wurde es für die Pflicht des Staates erklärt, der Kirche die volle Freiheit einzuräumen, welche sie zur Lösung der sozialen Frage brauche. Ja, wird man fragen, hat denn die katholische Kirche die soziale Frage zu lösen? Jawohl, antwortet der Bischof, und zwar durch die christliche Mildthätigkeit. Also nicht der Staat, sondern nur die Kirche hat das Recht, sich mit der sozialen Frage zu beschäftigen. Dagegen haben wir kürzlich in der „Germania“ gelesen, die soziale Frage als eine Angelegenheit rein politischer und national-ökonomischer Natur, gehe zunächst den Staat an, und die Kirche könne nur indirekt auf dem Gebiete der Morallehre etwas zur Lösung beitragen. Papst Leo sei persönlich für das Eingreifen des Staates, da aber eine andere Partei in der Kirche dagegen sei, so enthalte er sich der Parteinahme und werde daher auch die angekündigte Enzyklika über die soziale Frage nicht veröffentlichen, sondern wie bisher sich auf die allgemeine Empfehlung sozialer Reformthätigkeit beschränken. Wie nun der Lütticher Kongreß die Konstituierung der staatssozialistischen Partei der Kirche bedeutete, so ist der Kongreß von Angers die Konstituierung der antistaatssozialistischen Partei, die unter der Leitung des umsichtigen und energischen Bischofs Freppel für ihre Prinzipien tüchtig arbeiten wird. Da die Gegenätze nunmehr organisiert sind, wird der Papst in der sozialen Frage sich einer womöglich noch größeren Zurückhaltung befleißigen wie zuvor. Diese Gegenätze sind doppelter Natur. Auf der einen Seite tritt man für das Eingreifen des Staates ebenso eifrig ein, wie man auf der anderen Seite es bekämpft; das ist der eine Gegensatz. Der andere besteht darin, daß die antistaatssozialistische Partei der Kirche die Aufgabe zuschreibt, die soziale Frage zu lösen, während die staatssozialistische Partei diese Aufgabe dem Staate und nur sehr indirekt und zu einem sehr geringen Theile der Kirche zuweist. Außer über Pflichten und Rechte des Staates ist also auch noch über die Tragweite der Aufgabe der Kirche innerhalb des Katholizismus eine tiefe Spaltung vorhanden, zu deren Wirkungen es zunächst gehört, daß die Thätigkeit der positiven sozialpolitischen Partei gehemmt wird. Auch der Kongreß von Angers bestätigt also wieder, daß von der Mitwirkung der Kirche zur Lösung der sozialen Fragen wenig zu erwarten ist.

Bulkovich, der diplomatische Agent Bulgariens in Konstantinopel, hat der Pforte ein Schreiben des Minister-Präsidenten Stambulow überreicht, worin dieser sich über seine Begegnung mit Tatischev äußert. Danach hatte ihm Tatischev, den er im Beisein seiner Minister-Kollegen empfing, erklärt, daß er im Auftrage des Czars komme, um eine Verständigung zwischen Rußland und Bulgarien herbeizuführen. Wenn Bulgarien gewisse Bürgschaften biete, daß es niemals gegen Rußland stehen würde, so sei Rußland bereit, den Fürsten Ferdinand und die Unabhängigkeit Bulgariens anzuerkennen, sowie auch mit allen Kräften Bulgariens auf der Stufe zu erhalten, die ihm durch den Vertrag von San Stefano angewiesen worden wäre. Die Garantien, welche Rußland fordere, wären: 1. daß die bulgarische Armee unter russische Offiziere gestellt würde, 2. daß

Bulgarien der Besitzergreifung des Hafens von Burgas durch die russische Flotte zustimme. Stambulow antwortete, ein Bulgarien, welches bereit wäre, solche Bedingungen anzunehmen, sei nicht vorhanden; dann forderte er von Tatischev, durch Papiere zu beweisen, daß er vom Czar autorisirt sei. Tatischev bekannte, er habe keine Papiere, er sei nur gekommen, das Terrain zu sondiren, und falls er daselbe günstig gefunden hätte, so wäre er oder eine andere Persönlichkeit mit allen Vollmachten zu einem definitiven Abschlusse erschienen. Dies ist der Inhalt des Stambulowschen Schreibens.

Deutschland.

Berlin, 16. Oktober.

* Aus Halle wird uns unter dem 16. Oktober Vormittags geschrieben: Die Verhandlungen des Sozialisten-Kongresses gehen im Allgemeinen einen ruhigen, geschäftsordnungsmäßigen Gang. Nur wenn ein Abgeordneter redet, erhebt sich die Debatte zu größerer grundsätzlicher Höhe; dann tritt auch eine gespanntere Aufmerksamkeit ein. Es läßt sich nicht verkennen, daß die Fraktion im Ganzen die Intelligenz der Partei vertritt. Unter den Abgeordneten wieder ragt neben Bebel und Liebknecht Auer bedeutend über die anderen empor. Auf der Tribüne sitzen zunächst die das Bureau des Parteitags bildenden Abgeordneten, hinter ihnen vier Vertreter des „Berliner Volksblattes“, des nunmehrigen Zentralorgans, ferner an einem Seitentisch noch zwei offizielle Stenographen, endlich ein oder zwei Vertreter der Polizeibehörde. Die Berichterstatter der bürgerlichen Blätter sitzen unmittelbar unter der Tribüne an bevorzugter Stelle. Einem nicht genannten Berichterstatter, der die falsche Angabe gebracht hatte, daß zwischen den deutschen und den ausländischen Journalisten eine Geheimkonferenz stattgefunden habe, wurde heute von Singer Namens des Parteitags bedeutet, daß er sich als ausgewiesen betrachten möge. Es entfernte sich aber niemand. Im Saale sind von Ausländern anwesend Guesde und Ferroul, sowie der Däne Grundberg während der ganzen Dauer des Kongresses; desgleichen Dr. Adler-Wien, seit Dienstag auch Frau Dr. Nweling, die Tochter von Karl Marx. Domela Nieuwenhuis, ebenfalls von Anfang bis Ende anwesend, sitzt stets allein und hört aufmerksam zu, selbst in den Pausen unterhält er sich wenig. Die „Jungen“ waren im Zuhörerraum gestern durch Wildberger-Berlin und Kampffmeyer, den ehemaligen Redakteur der Magdeburger „Volksstimme“, vertreten. Es verlautet übrigens, daß heute in Berlin eine Protestversammlung der „Jungen“ gegen die Stellung einzelner Berliner Delegirten, insbesondere Franz Berndtz, stattfindet. Man wünscht auf dem Parteitag, daß die Berliner Versammlung Berndtz „töde“ und sich mit Werner solidarisch erkläre; das wäre das direkte und geeignetste Mittel, um die Opposition dauernd zu vernichten. Da eine gedruckte Präsenzliste noch nicht vorliegt, so läßt sich die interessante Frage noch nicht beantworten, wie stark das akademisch gebildete Element auf dem Parteitag vertreten ist. Es sind privatim schon zwanzig und einige gezählt. So von Rechtsanwältinnen: Stadthagen, Guttenstein (der bei der Diskussion über das Programm sich nicht ganz auf dem grundsätzlichen Standpunkte der Partei befand), einige Aerzte, eine Menge Philosophen und Nationalökonomien, und auch ein Theologe oder vielmehr selbstverständlich Ex- und Antitheologe, Dr. Rüd. Ein gewesener Geistlicher ist übrigens auch Domela. Die Joeben erwähnte Programm-Diskussion (welche in diesem Augenblick noch fort dauert) verräth weniger Uneinigkeit, als man betreffs dieses Gegenstandes vermuthet hatte. Die Religion soll Privatsache bleiben, das wünscht man allgemein namentlich aus agitatorischen Gründen und ganz besonders mit Rücksicht auf den demnächstigen großen Kampf gegen das Centrum. Vollkommenen Unsinn redete in dieser Debatte Liesländer-Berlin, der schließlich durch Gelächter und ironischen Beifall zum Abtreten bewogen wurde. Im übrigen hielt sich die Diskussion wohl von Maßlosigkeit frei, doch bot sie dafür auch kaum Neues. Hinsichtlich der Frauenarbeit und Frauenrechte will sich die Mehrheit durchaus nicht weiter vorwagen. Gäste aus höheren Kreisen des Beamten- und Bürgerstandes wohnten gestern und heute in nicht geringer Zahl dem sozialistischen Kongresse bei. So der Regierungspräsident, der Oberbürgermeister, der bekannte National-Ökonom Professor Konrad und mehrere andere Universitätslehrer. Was sie aus den Verhandlungen gelernt haben, wird uns Professor Konrad wohl gelegentlich in seinen „Zahrbüchern“ sagen.

Nach seiner Rückkehr aus Blau hörte der Kaiser vorgestern Abend den Vortrag des Chefs des Militärkabinetts General v. Hahnke. Gestern Vormittag kam der Kaiser nach Berlin und stattete sofort nach seiner Ankunft der Prinzessin

